

AStA

Inform

Spezial: Studiengebühren

November 05

Senat verabschiedet studentische Resolution nicht!

Auf seiner Sitzung am 11. Juli 05 verabschiedete der Senat der Siegener Hochschule die von studentischer Seite eingebrachte Resolution leider nicht und verpasste damit die Gelegenheit sich unmissverständlich gegen Studiengebühren zu positionieren. Die Resolution war zuvor bereits von der Gesamtvollversammlung, dem Studierendenparlament und der Autonomen Fachschaften Koordination verabschiedet worden.

Wie angekündigt hat der AStA, unterstützt von etwa 40 Studierenden, den Resolutionsentwurf der Studierendenschaft gegen Studiengebühren in den Senat eingebracht. Bei den Senatorinnen und Senatoren stieß der Antrag auf wenig Resonanz. Stattdessen fasste der Senat eine eigene Resolution, welche sich für Studiengebühren unter bestimmten Voraussetzungen ausspricht und die Landesregierung lediglich dazu aufruft, die Gebührengelder nicht mit den öffentlichen Zuweisungen zu verrechnen. Mit dem durch die Studierenden eingebrachten Resolutionstext hat der letztendliche Beschluss nur noch wenig gemein, da die grundsätzliche Ablehnung von

generellen Studiengebühren nicht mehr Bestandteil der Resolution ist. Lediglich

die Aufforderung an die Landesregierung alle Hochschulgremien vor Entscheidungen zu hören hatte noch Eingang in den

Beschluss gefunden, wenn auch in abgeschwächter Form.

Anscheinend hegen offenbar auch die Senatsmitglieder die Befürchtung, dass die Gebühren mit den öffentlichen Zuweisungen verrechnet werden, jedoch ziehen sie daraus nicht den Schluss die Gebührenpläne gänzlich abzulehnen. Sie fordern von der Landesregierung lediglich die lose Stellungnahme ein, keine öffentlichen Mittel zu streichen.

Dass eine solche Stellungnahme bestenfalls als politische Willensbekundung gesehen werden kann, und wahrscheinlich schon beim nächsten Haushaltsloch hinfällig wäre, sorgt offenbar nicht für Beunruhigung.

Diese Erwartungäußerung des Senats ist aus Sicht des AStA naiv und alles andere als ein klares Signal nach Düsseldorf.

Die soziale Dimension von Studiengebühren, nämlich die Ausgrenzung von Kindern aus so genannten bildungsfernen, bzw.

einkommensschwachen Familien, scheint eher von nachrangiger Bedeutung zu sein. Man versucht sich scheinbar mit der neuen Landesregierung und ihren Vorgaben zu arrangieren und versteckt sich, genau wie die politisch Verantwortlichen auf der Landesebene, hinter Begrifflichkeiten, wie „sozial verträglich“, ohne zu bedenken, dass, wenn der Zugang zu Bildung über die finanzielle Ausstattung der Bildungswilligen läuft, die Abschreckung und Ausgrenzung vorprogrammiert ist. Stipendien und Darlehensmodelle sind keine wirksamen Mittel um die Selektion im Bildungswesen zu mindern. Mit seinem Beschluss leugnet der Senat zudem, dass Bildung ein öffentliches Gut ist, da im Prinzip dem Bezahlstudium die Tür aufgehalten wird.

Die anwesenden Studierenden zeigten sich erschrocken über das kurzfristige Denken der Senatorinnen und Senatoren und werden auch weiterhin die soziale Verantwortung der Hochschule einfordern.

Das Rektorat hat sich auf der Sitzung erstaunlich bedeckt gehalten und es auch diesmal vermieden Stellung zu beziehen. Daher wird der AStA in den nächsten Tagen verstärkt auf eine Positionierung des Rektorats zu den Gebührenplänen drängen.

Service

Öffnungszeiten AStA-Büro: Mo - Fr von 9 bis 16.30 h (meist ist auch länger jemand da, selten früher).

Sozialberatung: Di - Fr von 9 bis 13 h und nach Vereinbarung.

AStA-Shop: Mo - Fr von 9.30 bis 14.30 h

in der vorlesungsfreien Zeit: Mo - Fr von 11.00 bis 14.00 h

Aushangbretter des AStA: AR-H links neben dem Arbeitsamt; AR-D neben dem blauen Hörsaal; AVZ im Innenkern, Ebene 3; PB im Windfang. ENC Bauteil D, vorm großen Hörsaal

Post an: AStA der Gesamthochschule, 57068 Siegen.

Hausanschrift: Adolf-Reichwein-Str. 2, 57068 Siegen (AR-H 215).

Tel. (02 71) 7 45 28 & 7 37 82, **Fax** 7 39 37.

Haustel. 46 00 – 46 03.

E-Mail: asta@gh-siegen.de

URL: <http://www.gh-siegen.de/>

Hier der Wortlaut der von Senat verabschiedeten Resolution:

Der Senat befürchtet, dass die Einführung von Studiengebühren ab dem ersten Semester zu einem Rückzug der öffentlichen Hand aus der Hochschulfinanzierung führen wird und erwartet von der Landesregierung eine eindeutige Stellungnahme, dass auch dauerhaft kein Rückzug des Landes aus der Hochschulfinanzierung vorgesehen ist.

Der Senat erwartet von der Landesregierung, dass den Hochschulen und ihren Gremien ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme zu den geplanten Veränderungen und der Einführung von Studiengebühren gegeben wird.

Der Senat fordert die Landesregierung auf, keine Studiengebühren einzuführen solange nicht ein Finanzierungsmodell (Stipendien, Darlehen etc.) vorliegt, welches auch weiterhin den Zugang von bildungsfernen und einkommensschwächeren Gruppen zum Studium erlaubt.